



Verbandsgemeinde Rhein - Selz

Information nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) Nutzung von videogestützter Kommunikationstechnik – Jugendmusikschule –

Verantwortlicher

(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verbandsgemeinde Rhein-Selz
Fachbereich Soziales, Schulen, Jugendmusikschule
Sant'Ambrogio-Ring 33
55276 Oppenheim
Telefon: 0 61 33 / 49 01 0
E-Mail: verbandsgemeinde@vg-rhein-selz.de

Beauftragte oder Beauftragter für den

Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Verbandsgemeinde Rhein-Selz
Datenschutzbeauftragte
Sant'Ambrogio-Ring 33
55276 Oppenheim
Telefon: 0 61 33 / 49 01 23 8
E-Mail: datenschutzbeauftragte@vg-rhein-selz.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, wenn Sie videounterstützende Kommunikationstechniken zur Abhaltung von Unterrichtsstunden der Jugendmusikschule oder Online-Meetings via Messenger-Dienste oder Anbietern entsprechender Dienste in Anspruch nehmen. Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu diesem Zweck ist nur mit Ihrer schriftlichen Einwilligung möglich. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO und Art. 7 DS-GVO.

Hinweis zum Widerruf von Einwilligungen:

Haben Sie der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zugestimmt, können Sie diese Einwilligung bei Bedarf jederzeit widerrufen. Dies gilt jedoch nur für die Zukunft. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt also rechtmäßig.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Personenbezogene Daten, die im Zusammenhang mit der Teilnahme an Unterrichtsstunden bzw. Online-Meetings verarbeitet werden, werden grundsätzlich nicht an Dritte weitergegeben. Beachten Sie bitte, dass Online-Meetings oder Unterrichtsstunden analog persönlicher Besprechungsstreffen oder Unterrichtseinheiten abgehalten werden können.

Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Wir übermitteln Ihre Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR (Drittländer) nur, soweit dies zur Ausführung von Programmen/Diensten zur videounterstützten Kommunikation erforderlich ist.

Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten nur für die Dauer der Bearbeitung. Wir löschen personenbezogene Daten grundsätzlich dann, wenn kein Erfordernis für eine weitere Speicherung besteht. Ein Erfordernis kann insbesondere dann bestehen, wenn die Daten noch aufgrund gesetzlicher Bestimmungen benötigt werden oder, um vertragliche Leistungen zu erfüllen. Im Falle von gesetzlichen Aufbewahrungspflichten kommt eine Löschung erst nach Ablauf der jeweiligen gesetzlichen Aufbewahrungsfristen in Betracht.

Online-Meetings und videounterstützte Unterrichtsstunden werden nur während der Corona-Pandemie genutzt. Eine Löschung der personenbezogenen Daten wird spätestens mit Ende der Pandemie veranlasst.

Sobald ein regulärer Schulunterricht wieder möglich ist, veranlasst die Jugendmusikschule die Löschung der personenbezogenen Daten bei den Anbietern.

Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO). In dem Auskunftsantrag sollten das Anliegen präzisiert werden, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z.B. Steuerart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Zahlungsabwicklung, Vollstreckung) gemacht werden.
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden.
Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**,
 - insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird,
 - für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt,
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können,
 - oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient. Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Besteuerungsverfahrens, Führung des Gewerberegisters).
- Recht auf **Widerruf** der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung
Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen (Art- 7 Abs. 3 DS-GVO). Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Tel.-Nr.: 0 61 31 / 89 20 0, Fax: 0 61 31 / 89 20 29 9, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de